

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostfachsen

erschint jeden Montag vormittags * Bezugspreis halbjährlich 1,20 Mark monatlich 2 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Kampf“, „Der kommunistische Klassenkampf“, „Die Kommunisten“, „Die Arbeiterstimme“, „Der rote Stern“ * Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-U., Güterbahnhofstraße 2, I. Fernsprecher: 17 250. * Redaktion: Dresden-U., Güterbahnhofstraße 2, I. Geschäftsstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Samstags von 4—5 Uhr. * Postfach Nr. 13 253 Dresden. * Preis: 10 Pf. * Einzelnummern 10 Pf. * Abbestellung: 10 Pf. * Anzeigenpreis: 30 Pf. * Abbestellung für die monatlich gebundene Monatsbeilage, 20 Beilagen für die Familienangehörigen, 20 Beilagen für die Parteimitglieder einschließlich des dem Beilagenheften angehängten Zeitungsbeilage * Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags einbringen.

1. Jahrgang

Dienstag, 12. Mai 1925

Nummer 33

Der Hindenburg-Kummel

Die Polizei überfällt Roten Jungturm und Reichsbanner Koste wieder im Großen Hauptquartier

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Einmarsch des Reichspräsidenten Hindenburg fand im allgemeinen trotz vorhergehender großer propagandistischer Aufmachung und gewaltiger Agitation der nationalen Presse eine laue Stimmung und wenig Begeisterung. Aufmarschiert waren zum größten Teil Neugierige, vor allem kleine Kleinbourgeoisie mit Kind und Kegel und einer Unmenge von Kinderwagen. Arbeiter waren nur ganz verschwindend vorhanden. Ein Zeichen dafür, daß die Kontrevolution lügt oder sich täuscht, wenn sie glaubt, daß die Arbeiter hinter ihr stehen. Statt dessen eine Unmenge Luxusautomobile, Damen in Pariser Moden und Kofetten. In der Bismarckstraße sah man neben den schwarz-weiß-roten Fahnen unerwartet viel schwarz-rot-goldene Hindenburg wurde von der zehnjährigen Jungfrau der Republik, der Tochter des Reichskanzlers Dr. Luther, auf der Heerstraße empfangen. Den gesamten Aufmarsch bedeckte und regelte ein ungeheurer starker Polizeiaufgebot. Im schnellen Tempo zog der Zug unter großem Lärm nach dem Hindenburg-Tor. Die Aufnahme wurde mit dem nötigen Klamauf inszeniert. Mitglieder, Polizeistofftiere auf Motorrädern, berittene Schutzpolizei im Galopp, Studenten mit Fahnen, alles was nach Ansehung der Spitze zu einem nationalistischen Aufmarsch gehört. Das Reichskanzlerpalais selbst wurde durch einen dichten Polizeifordon abgeperrt.

Polizeiüberfall auf Roten Jungturm

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Am Magdeburger Platz wurde ein Zug Roten Jungturm und Reichsbannerleute von der Polizei provoziert und mit Gummiknüppeln überfallen. Es wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Unter den Teilnehmern und unter dem Publikum herrschte über dieses Vorgehen große Erbitterung. Mit dem Reichsbannerleuten setzte darauf eine rege Diskussion ein. Ein Teil der „Schüler der Republik“ begann einzuziehen, wobei er gebraucht wird. Auf dem Winterfeldplatz fand eine große Demonstration statt. Die nationalen Verbände marschierten unter dem Schutze der Polizei ab.

Die Amnestie

Die Morgenzeitungen melden, daß heute nach der Vereidigung des Reichspräsidenten sofort beim Amtsantritt offiziell der Erlass einer Amnestie verkündet werden soll. Wie bekannt ist, werden die Landesregierungen sich ohne weiteres der Amnestie anschließen. Wie weit die Amnestie gehen wird, ist noch nicht bekannt. Die Beratungen über die Amnestie wurden in den letzten Tagen nur von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum geführt, alle anderen Parteien waren ausgeschlossen. Jetzt erst sollen die einzelnen Parteien Stellung nehmen.

Die A. M. meldet zu der Frage: Die Reichsregierung ist mit der Prüfung der Frage eines Amnestiegesetzes beschäftigt und hat dies bereits dem Abg. Dr. Kahl als Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Reichstages auf dessen im Auftrag des Ausschusses gestellte Anfrage mitgeteilt. Der Abg. Kahl hat von dieser Mitteilung, wie die Zeitungen berichtet haben, den Reichsausschuss bereits in seiner Sitzung vom 6. Mai unterrichtet. Weitergehende Entscheidungen sind in der Angelegenheit von der Reichsregierung nicht gefaßt worden.

Berücksichtigter Eisenbahnerabbau Eine Folge des Verrates der Reformisten.

Von den Reformisten abgewürgten letzten Eisenbahnerstreik hat die Reichsbahn bekanntlich mit einer Erhöhung der Personentaxi um zehn Prozent beantwortet. Die paar Hundertpersönliche Lohnverhöhung sollten die Eisenbahner jetzt mit verschärftem Abbau büßen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hatte kurz nach dem Streik beschlossen, die Personalstellen mit sofortiger Wirkung herabzusetzen und eine Prüfung des Personalbedarfs vorzunehmen. Die Präsidenten der einzelnen Direktionsbezirke sind angewiesen, sofort die Listen mit den abzuschaffenden Eisenbahnern einzureichen. Am 12. Mai soll eine Konferenz der Präsidenten in Berlin stattfinden, in der die Angelegenheit endgültig geregelt werden soll.

Kriegsgebrungen, um die gewaltige Erregung der Eisenbahner zu beschwichtigen, hat sich nun der Reichstagsausschuss zu einer einstimmig angenommenen Entscheidung aufgeschwungen, in der gegen das Verhalten der Reichseisenbahngesellschaft Verwarnung eingelegt wird. Der Reichstag wird erlucht, die zur Wiederherstellung der verfallenen Rechte der Eisenbahner notwendigen Schritte zu beschließen.

Rostes respektvoller Gruß

Bei der Abfahrt Hindenburgs von Hannover, die auch dort zu einem nationalen Rummel gemacht wurde, hielt Roste eine Ansprache an Hindenburg, in der er unter anderem erklärte: „Ich entbiete Ihnen, Herr Reichspräsident, einen respektvollen Gruß. Sie hatten sich vor langen Jahren in Hannover niedergelassen, um ihr Leben in Ruhe zu verbringen. Dann kam der Weltkrieg, und als die Rot des Volkes am höchsten war, da rief man Sie an die Ostgrenze, wo Sie den Ruhm des deutschen Heeres auf Jahrhunderte hindurch als neue geleistet haben. Nun scheiden Sie nach wenigen Jahren aus unserer Mitte, berufen zur höchsten Würde des Staates. Unter Volk leidet unendlich Rot, mittelmäßiger und nationaler Art. Millionen gläubiger Augen blicken auf Sie, unzählige Wünsche geleiten Sie zu ihrem neuen Amt. Möge es Ihnen möglich sein, das deutsche Volk glücklicheren Zeiten entgegenzuführen.“ Mit einem dreifachen Hoch schloß Roste seine Rede. Hindenburg erwiderte dem Königstreuen Sozialdemokraten: „Ich verpöche, der Armen und Elenden ganz besonders zu gedenken, und auf einen Ausgleich aller Volkskreise hinzuwirken.“

Wenn fällt bei solch schöner Einigkeit nicht Philipp Scheidemanns „In Zeiten höchster Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich“ und Wilhelms des Letzten „Ich kenne keine Parteien mehr“ ein?

Die sächsischen Demokraten sabbern

Die sächsischen Demokraten veröffentlichen einen Gruß an Hindenburg, in dem sie für den Widerstand im Wahlkampf um Verdrängung bitten und erklären: „Das ganze deutsche Volk schuldet Ihnen die Achtung, die dem selbst gewählten Staatsoberhaupt gebührt. . . . Hindenburg war während des Krieges der Führer des im Felde stehenden Volkes in Waffen, Reichsblut und Volksblut gab es im Kampfe mit dem Feinde nicht. . . . Möge es Hindenburg als Reichspräsident vergönnt sein, ein als Schicksalsgemeinschaft sich fühlendes Volk zu führen.“

Alles ist sich einig zum Kampf gegen die Arbeiter.

Der DGB wendet sich natürlich jetzt auch gegen die Nachfolger der Reichsbahnreformisten. Warum auch nicht? Die Eisenbahner sind durch den verlorenen Streik abgekämpft und niedergelassen, so daß ein zweiter Streik sobald nicht zu erwarten ist. Da kann man schon einmal ohne Gefahr radikalere Töne schwingen.

Die Schuld der Reformisten liegt nicht nur in der Abwägung des letzten Streiks, sondern vor allem in der Verpflichtung zum Damesabkommen. Hier liegt der Grund aller leibhaftig geschehenen Verdrängungen. Auch Verrat verpflichtet und deshalb werden die reformistischen Gewerkschaftsführer keinen ernsthaften Kampf führen, genau wie beim Streik, und den Eisenbahnern nur ein Theater vormachen. Die Beilegung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, das ist und bleibt die Vorbedingung eines erfolgreichen Kampfes der Eisenbahner.

Weitere Massenentlassungen im Ruhrbergbau

Dortmund, 12. Mai. (Eigene Meldung.) Auf der bekannten Nordberggrube „Minister Stein“ sind zum 15. Mai 190 Mann gefeuert worden und zum 1. Juni ist bereits eine namentliche Liste von ungefähr 100 Kumpeln fertiggestellt, die entlassen werden sollen.

Auf der Nachbargrube „Fürst Hardenberg“ haben am 1. Mai 118 Kumpeln ihre Kündigung zugestellt bekommen.

Die Schachtanlage „Ruhl“ bei Dortmund hat ebenfalls wieder 50 Bergleute entlassen. Außerdem werden dafelbst regelmäßig Bergschichten eingelegt. Die Belegschaft der Schachtanlage ist von 4000 auf 2000 zurückgegangen. Weitere Entlassungen stehen noch bevor.

Schredensurteil in Bulgarien

10 Todesurteile.

Sofia, 11. Mai. Im Prozeß gegen die Mientale auf den König und die Kathedrale wurde heute vom Kriegsgericht das Urteil verkündet. Der Ritter Jodgowski und die Angeklagten Gredmann, Abadjeli, Stanke, Dimitzi, Gredmann, Abadjeli, Petzini, Kollowski und Kollowski wurden zum Tode, Daskaloff zu 6 Jahren und Kamburoff zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil gegen die Angeklagten Abadjeli, Dimitzi, Gredmann, Kollowski, Petzini und Kollowski erfolgte in Abwesenheit.

Eine Tagung von historischer Bedeutung Der Zentralkomitee der KPD.

Am Sonnabend und Sonntag den 9. und 10. Mai tagte in Berlin der Zentralkomitee unserer Partei. Als eines der glänzendsten Zeichen der engen Verbindung mit den Arbeiterelementen darf auch von dieser Sitzung gesagt werden, daß mehr denn 1/2 der Stimmberechtigten Mitglieder aus Arbeitern aus den Betrieben bestanden. Der Zentralkomitee bedeutet — das darf ohne Übertreibung gesagt werden — einen weiteren und seit Frankfurt wohl den wesentlichsten Schritt auf dem Wege der Bolschewisierung der Partei. Der Zentralkomitee mußte eine Analyse der Lage, der schwierigen Situation der Partei geben, er mußte aber auch festlegen, wie sich die Partei in der schweren Zeit verhalten soll. Nie hatte die Partei einen besseren Gradmesser für ihren Fortschritt und ihre Reife wie jetzt, wo es galt einen Weg zu beschreiten, der alle Wunden des Brandlerismus so eng berührt, nie zeigte sich das große Verbrechen der Brandlerpolitik mehr als jetzt. Deutlich trat zutage, wie dieser Brandlerismus die Partei noch heute hemmt.

Nicht nur, daß es in der Partei noch einige Leute gibt, die immer wieder versuchen, aufzustiegen, die Partei auf Abwege zu drängen. Nein, die verhängnisvollen Fehler des Brandlerismus haben die Partei auch in ihrer politischen Entfaltung gehemmt, sie zeitweilig in eine starre Haltung gedrängt und dadurch ihre Verbindung mit den breiten Massen der Arbeiter gestört oder doch geschwächt. Jetzt mußte der Zentralkomitee zeigen, ob die alten Wunden geheilt sind, ob die Partei zur Zentralfunktion, die im Kampf gegen den Brandlerismus die Partei rettete, im notwendigen Maße Vertrauen besitzt. Ob die Partei versteht, die Lage einzuschätzen wie sie ist, ob sie innerlich genügend fest und lenkbar ist, ob sie weit durchgearbeitet, daß sie begriffen hat, was in den Thesen über die Bolschewisierung der Parteien gesagt ist: „Wenn unsere Parteien bolschewistisch werden müssen, dann sind sie noch nicht bolschewistisch.“ Es ist klar, die Bolschewisierung wird nicht auf einmal erworben, sondern die Aneignung dieser Eigenschaft wird ein langer und mühevoller Prozeß sein, der nicht allein durch das Studium von Thesen geschehen kann. . . sondern der der Nachprüfung an den praktischen Erfahrungen des täglichen Kampfes und der Ausprobierung unserer Auffassungen in den täglichen Kämpfen bedarf.“

Für die deutsche Partei war eine Entscheidung über diese Fragen, über die Ausprobierung der Taktik im täglichen Kampf besonders schwerwiegend. Hatte doch Brandler die Partei auf ein totes Gleis geschoben und mußte die Partei erst wieder flott gemacht werden. Aber die Partei muß manövrieren können. Sie muß es verstehen, daß man nicht allein mit einer starren, festgelegten Linie den Kampf um die Mehrheit der Arbeiter führen kann. Diese Entscheidung des Zentralkomitees war eine Entscheidung von historischer Bedeutung. Bedeutete sie doch einen festen, energischen Abschluß unter die Fehler und Schwächen der Vergangenheit setzen, bedeutete sie doch die Erkenntnis der Kraft der Partei, aber noch weit über diesen Rahmen hinaus besaß die Entscheidung Bedeutung für die gesamte Internationale. Die deutsche Partei soll und muß der Komintern und den ausländischen Bruderparteien zeigen, wie man zwischen zwei Wellen der Revolution die Massen gewinnen und dennoch eine leninistische Partei bleiben kann. Zwischen zwei Wellen der Revolution manövrieren und dennoch nicht im Opportunismus und Reformismus verfallen.

Die Delegierten des Zentralkomitees waren sich des Ernstes ihrer Aufgabe wohl bewußt. Keiner hat die Gefahren übersehen, die der Partei aus einer solchen Taktik entstehen können. Der Zentralkomitee hat alle Seiten einer solchen Taktik geprüft. Er hat die Lage eingehend untersucht. Als ein praktisches Dokument, als ein Beginn der Arbeit lag dem Ausschuss der Offene Brief der Zentrale und die Freudentaktik vor.

Der Zentralkomitee mußte feststellen die Lage ist anders wie zur Zeit der offenen Briefe 1921 und anders wie zur Zeit des Brandlerismus. Damals hatten wir Bürgerkrieg, eine aufwärts fliegende Welle der Revolution, jetzt haben wir nur Klassenkampf und eine Stagnation der revolutionären Bewegung. Wir haben hinter uns die Lehren einer solchen Anwendung der Einheitsfront-Taktik und große Erfahrungen.

Gegen die falsche grundsätzliche Anwendung hat die Partei in harter und schwerer Arbeit einen Damm gebaut. Gewiß sind wir auch jetzt wieder bereit, mit den „republikanischen Parteien“ ein Stück zusammenzugehen, so weit diese elementare Forderungen erfüllen. Aber wir wissen von vornherein, daß, falls ein solches Zusammengehen zustande kommt, einstens unsere zeitweiligen „Ver-